

Aktuelles

Bundesbudget der Schweiz (2005)

Wie nimmt der Bund sein Geld ein?

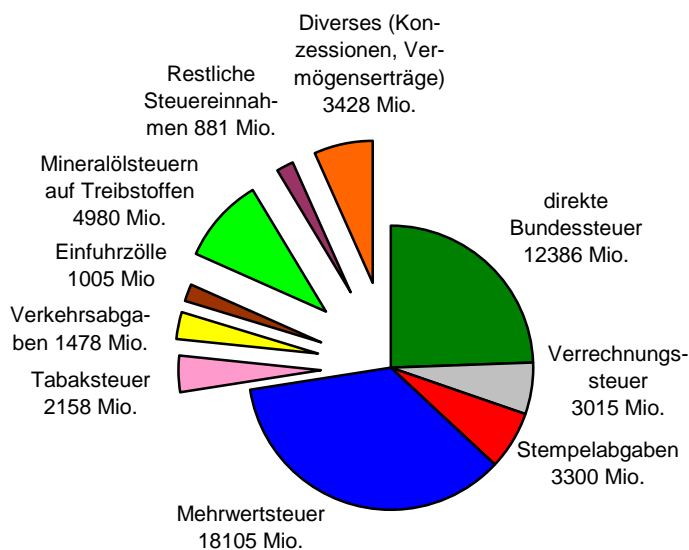
Die Einnahmen des Bundes kann man in drei Hauptbereiche aufteilen. In direkte Steuern, indirekte Steuern und übrige Einnahmen.

Die **direkten Steuern** bezeichnen die Abgaben auf unser Einkommen und unser Vermögen. Sie müssen auch von juristischen Personen (Aktiengesellschaften, GmbH's etc.) bezahlt werden. Insgesamt machen sie etwa einen Drittel aller Bundeseinnahmen aus. Nirgends sonst in Europa ist dieser Anteil so gross wie in der Schweiz.

Indirekte Steuern werden auf dem täglichen Konsum erhoben. Der wichtigste Anteil bildet die Mehrwertsteuer, die jeder von uns täglich bezahlt, wenn er einkaufen geht. Der Anteil an indirekten Steuern macht über die Hälfte der Einnahmen des Bundes aus.

Die **übrigen Bundeseinnahmen** kommen aus diversen Bereichen, wie z.B. Kehrrechtgebühren, Patente, Zinseinnahmen.

Bundeseinnahmen Voranschlag 2005



Der Bund nimmt über ein Drittel der budgetierten Gesamteinnahmen von 50.7 Milliarden Franken mit der Mehrwertsteuer ein.

Im Vergleich zu den Einnahmen vor etwa 20 Jahren ist der Anteil, der aus Zöllen bestand, stark zurückgegangen. Dies ist auf die zunehmende wirtschaftliche Integration der Schweiz in die EU zurückzuführen. So ist es für uns günstiger geworden, Produkte aus dem Ausland zu importieren.

Einfach erklärt:

Was ist die Mehrwertsteuer (MwSt)?

Die Mehrwertsteuer ist eine so genannte Verbrauchssteuer oder auch Konsumsteuer, die auf jeder einzelnen Stufe der Produktion und auf dem Endverkauf erhoben wird. Alle müssen bei jedem Kauf immer die Mehrwertsteuer mitbezahlen.

So bezahlt beispielsweise ein Hersteller Mehrwertsteuer für das Material, das er einkauft. Der Händler, welcher das Produkt dem Hersteller abkauft, bezahlt Mehrwertsteuer auf den Preis des Produkts. Und wir als Konsumenten zahlen schliesslich wiederum Mehrwertsteuer auf den Preis im Supermarkt. Letztendlich trägt allein der Konsument die Steuerlast, denn Händler und Hersteller können gegenüber den Steuerbehörden die Mehrwertsteuer, die sie bezahlt haben, zurückfordern.

Beispiel aus dem Alltag:

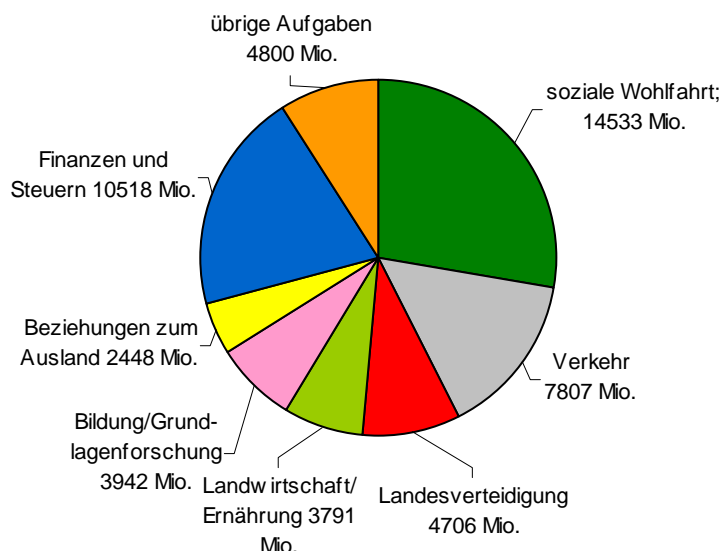
Ein Schreiner kauft für 1000 Franken Holz ein und muss darauf eine Mehrwertsteuer von 7.6% des Kaufpreises bezahlen. Er bezahlt also insgesamt 1076 Franken. Der Holzlieferant muss diese 76 Fr. der Mehrwertsteuer an den Staat abliefern. Nun fertigt der Schreiner aus dem Holz Möbel an, die er für 3000 Franken an seine Kunden verkauft. Die Kunden bezahlen ihm 3000 Franken plus 228 Fr. Mehrwertsteuer. Da von den 228 Franken Mehrwertsteuer der Holzlieferant bereits 76 Fr. an den Staat abgeliefert hat, muss der Schreiner nun nur noch 152 Fr. an den Staat abliefern. D.h. jede Firma muss den geleisteten Mehrwert versteuern.

Wofür gibt der Bund nun das Geld aus?

Die Staatsausgaben lassen sich nach verschiedenen Kriterien aufteilen. Eine erste Gliederung kann nach den Aufgaben des Bundes vorgenommen werden. Die ausgabenstärksten Gebiete sind die soziale Wohlfahrt (Sozialwerke), der Verkehr und die Landesverteidigung.

Die prozentualen Ausgaben für die soziale Wohlfahrt nahmen in den letzten Jahren kontinuierlich zu, während die Ausgaben für Landesverteidigung und Verkehr anteilmässig zurückgegangen sind.

Bundesausgaben Voranschlag 2005



Wie man in der Grafik sehen kann, muss der Bund auch sehr viele Ausgaben für Finanzen und Steuern tätigen. Wie kommt das? Nun, der Bund nimmt selber viele Steuern ein, muss aber davon einen Teil an die Kantone weitergeben. Die Finanzausgaben bestehen aus den Zinsen, die der Staat für seine Schulden bezahlen muss und machen etwa einen Drittel des Anteils „Finanzen und Steuern“ aus. Mit anderen Worten bezahlt der Bund *täglich* rund 10 Millionen Franken für Schuldzinsen! Dies ist einer der Gründe, weshalb der Bund seit der Budgetierung 2003 die „Schuldenbremse“ berücksichtigen muss, welche in einer Volksabstimmung beschlossen wurde.

Die budgetierten Verkehrsausgaben haben im Vergleich zum Vorjahr um 330 Millionen zugenommen (+ 4.4%). Dies liegt daran, dass der Bund derzeit grössere Eisenbahnprojekte (NEAT, Bahn 2000) zu finanzieren hat. Diese Mehrausgaben werden durch die Mehreinnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe gedeckt.

Hinter dem Posten „übrige Aufgaben“ verbergen sich Ausgaben für den Verwaltungsapparat, Justiz und Polizei, Kultur, Gesundheit, Umwelt und Raumordnung.

Entwicklung der Ausgaben und Defizite

Auch für den Voranschlag 2005 ist in vielen Bereichen ein Ausgabenwachstum zu verzeichnen. Ein grosses Wachstum findet sich insbesondere bei der sozialen Wohlfahrt. Die grössten Einsparungen konnten in den Bereichen Landwirtschaft und Landesverteidigung erzielt werden.

Voranschlag 2005	
Finanzen und Steuern	+ 5.6 %
Verkehr	+ 4.4 %
Soziale Wohlfahrt	+ 4.2 %
Beziehung zum Ausland	+ 0.8 %
Bildung und Forschung	+ 0.4 %
Übrige Aufgaben	- 1.7 %
Landesverteidigung	- 2.1 %
Landwirtschaft	- 3.3 %

Einfach erklärt:

Was versteht man unter der Schuldenbremse?

Die Schuldenbremse besagt, dass der Staat mittelfristig keine Verluste machen darf. Sie reguliert die zulässigen Gesamtausgaben abhängig von der Höhe der Einnahmen. In wirtschaftlich schlechten Jahren darf zwar ein Defizit erzielt werden, dieses muss jedoch in guten Jahren durch Gewinne wieder kompensiert werden.

Über eine Periode von mehreren Jahren dürfen folglich nicht zusätzliche Schulden entstehen.

Profi-Wissen:

Schuldenbremse

Bei der Schuldenbremse werden die zu erwartenden Einnahmen zu Beginn des Jahres aufgrund von Konjunkturanalysen geschätzt.

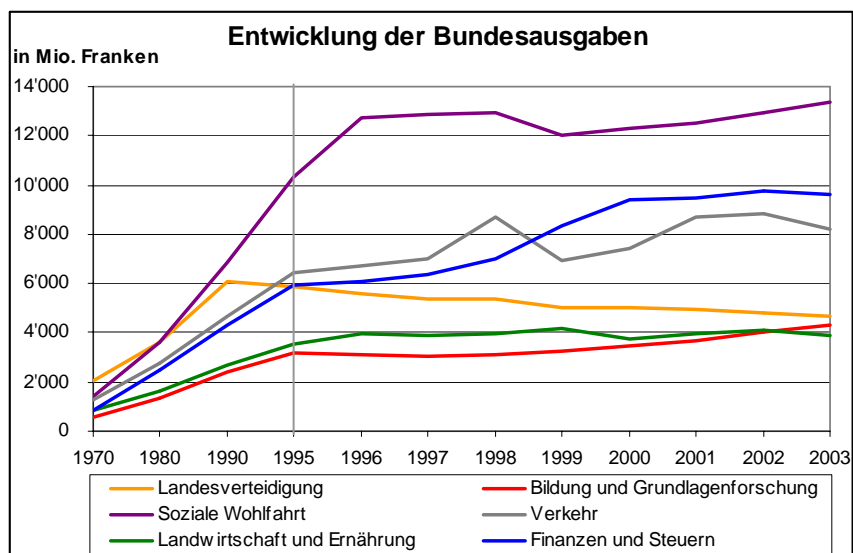
Die Einnahmen werden nach einem bottom-up und nach einem top-down Ansatz geschätzt. Beim bottom-up Ansatz werden alle Einnahmen einzeln geschätzt, um so möglichst viele Faktoren zu berücksichtigen. Der top-down Ansatz richtet das Augenmerk auf die Gesamteinnahmen.

Mit dem top-down Ansatz kann man die Ergebnisse des bottom-up Ansatzes überprüfen.

Die Schuldenbremse verlangt nicht einen jährlichen Ausgleich der Finanzrechnung. Vielmehr ist das Ziel, in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs Überschüsse in der Bundeskasse zu generieren, um damit die Defizite in konjunkturell schlechten Perioden zu „stopfen“. Diese Finanzpolitik bezeichnet der Volkswirtschaftler als „antizyklisch“.

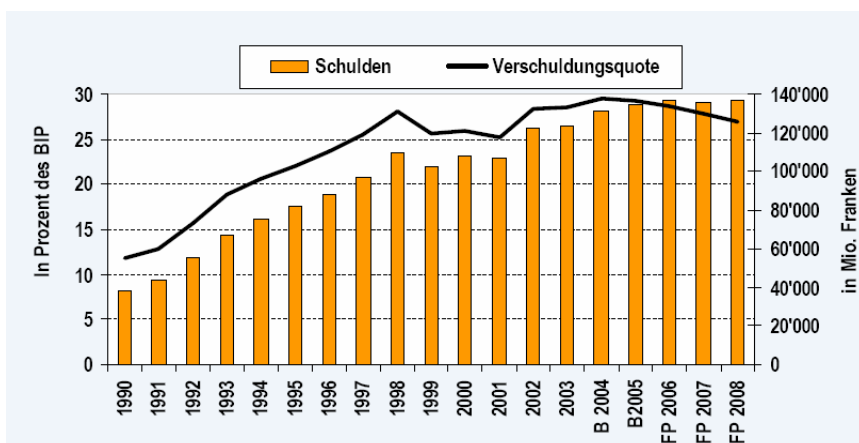
Für das Jahr 2005 ist ein Defizit von insgesamt 1.8 Mrd. Fr. vorgesehen, was einem etwa halb so grossen Defizit wie im Jahr 2004 entspricht. Damit werden die Vorgaben der Schuldenbremse gerade eingehalten, da ein begrenztes Defizit (maximal 2 Mrd. Franken) toleriert wird. Man nimmt an, dass dieser Betrag in den folgenden Jahren ausgeglichen werden kann.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung der Ausgaben in den letzten 30 Jahren. Zu beachten sind die Zeitabstände im Diagramm, welche erst ab dem Jahre 1995 je 1 Jahr betragen.



Am auffälligsten ist der Anstieg bei der Sozialen Wohlfahrt, den Finanzen und Steuern und dem Verkehr in der jüngsten Vergangenheit. Hingegen sind die Aufwendungen im Bereich Landesverteidigung rückläufig.

Wie auf dem nachfolgenden Diagramm zu erkennen ist, hat die Verschuldungsquote in den letzten 15 Jahren stark zugenommen und soll nun im Rahmen der Schuldenbremse verringert werden. Ziel ist nicht, die absolute Verschuldung zu reduzieren, sondern die Verschuldung in Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu senken. Mit anderen Worten dürfen nur bei wachsender Wirtschaft zusätzliche Kredite aufgenommen werden.



Literaturverzeichnis:

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD (2004). *Bundesfinanzen in Kürze - Voranschlag 2005*. Abrufbar auf der Webseite des EFD unter www.efd.admin.ch.

Eisenhut, P. (1998). *Aktuelle Volkswirtschaftslehre*. Zürich: Verlag Rüegger.

Bundesamt für Statistik BFS (2005). *Öffentliche Verwaltung und Finanzen*. Abrufbar auf der Webseite des BFS unter http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/oeffentliche_verwaltung.html

Einfach erklärt:

Verschuldungsquote

Die Verschuldungsquote ist der Totalbetrag der Schulden des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP).

Eine Verschuldungsquote von beispielsweise 25% bedeutet, dass der Staat Schulden in der Höhe von einem Viertel des Bruttoinlandproduktes hat. Es müssten also alle Schweizer ein Viertel Jahr lang arbeiten und sämtliches Einkommen an den Staat abgeben, um die Schulden zu tilgen.